

17/XI. 1917

29

Der Bürgerkrieg in Rußland. Die Friedensvorschläge der Maximalisten.

S. Stockholm, 15. November. Der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten des Zentralkomitees der maximalistischen Partei in Rußland hat über die von ihm beabsichtigte Führung der russischen Politik eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er feststellt, daß die genannte Partei den Friedensschluß auf die Tagesordnung stellt, da sie den Krieg keinen Tag länger fortsetzen wolle.

Indem die Erklärung darauf hinweist, daß die Regierungen Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas sich weigern dürften, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, bemerkt sie, die Regierungen der Mittelmächte würden allerdings bereit sein, in Verhandlungen einzutreten. Von der hieraus entspringenden Gefahr, daß die Mittelmächte ihre Divisionen von der Ostfront nach dem Westen werfen, um dort den Widerstand der englischen und französischen Heere zu brechen, vermöge das russische Proletariat das im Kampfe beharrende Frankreich, Italien und England nicht zu scheuen.

Dagegen müßte die maximalistische Partei den Krieg fortsetzen, falls die Mittelmächte beabsichtigen sollten, die polnische, baltische und litauische Frage vor den Friedensverhandlungen einseitig zu regeln. Die Partei gebe übrigens allen Völkern Rußlands vollkommene Freiheit, sich zu entscheiden, ob sie mit dem russischen Volke gemeinsam leben oder sich von diesem trennen wollen.

Henderson über das Mißtrauen der Russen gegen die Entente.

S. Bern, 15. November. Arthur Henderson sagte zu einem Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ über die Lage in Rußland: Als ich in Rußland weilte, wünschten die arbeitenden Klassen zweifellos den Frieden, aber keinen Sonderfrieden. Andererseits argwöhnten sie stark, daß der Krieg durch die Weigerung der Alliierten, eine offene Erklärung über die Kriegsziele abzugeben, verlängert werde. Sie schlossen, daß diejenigen Regierungen, die der alten russischen Regierung Konstantinopel zuerkannten, Bürgschaften für Annektionen in der Türkei, in Persien und in Südafrika erhalten haben müßten, und betonten, daß ihr Argwohn durch die Abgeneigtheit der Ententerregierungen, eine Kriegszielkonferenz abzuhalten, gerechtfertigt werde. Meines Erachtens hat diese Abgeneigtheit den Einfluß der vorläufigen Regierung geschwächt und die Stellung der Extremisten gestärkt. Es sollte alles getan werden, um Rußland nicht in die Hände Deutschlands fallen zu lassen. Ich kenne keinen besseren Weg als die Klarstellung der Kriegsziele der Alliierten. Ferner sollten die Ententerregierungen die Entsendung einer größeren Abordnung von Arbeitern zur Rücksprache mit den Sowjets über deren fernere Stellung zum Kriege vorschlagen. Die besten Elemente unter ihnen wünschen, wie wir selbst, lediglich eine befriedigende Beendigung des Krieges, aber sie haben keine Erfahrung und bedürfen der Führung und insbesondere der Stärkung des Vertrauens betreffs der Gründe, um herentwillen die Alliierten den Krieg fortsetzen.

Verhandlungen wegen Bildung eines sozialistischen Kabinetts.

S. Berlin, 16. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Rotterdam: Londoner Blätter berichten aus Petersburg, daß die Führer der Sozialisten noch immer mit den Bolschewiki über die Bildung einer sozialistischen Regierung unterhandeln, deren Programm baldiger Friedensschluß, Auslieferung des Landes an die Landeskomitees und Einberufung der Konstituante sein wird. Die Bolschewiki bestehen u. a. auf Vertretung in der neuen Regierung und lehnen den Waffenstillstand ab, falls ihre Bedingungen nicht angenommen würden.

S. Stockholm, 15. November. „Aftonbladet“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß sich die Bolschewiki mit den anderen Sozialistenparteien vereinigt haben, um die Revolution vor Kerenski, Kaledin und Kornilow zu retten.

Die neue Regierung soll demnächst ein neues Programm mit einem ausführlichen Friedensvorschlag vorlegen.

Inmer mehr scheint sich die Nachricht zu bestätigen, daß das Unternehmen Kerenskismißglücklich